

Zeitschrift: Film und Radio mit Fernsehen
Herausgeber: Schweizerischer protestantischer Film- und Radioverband
Band: 5 (1952-1953)
Heft: 27

Rubrik: Die Welt im Radio

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Haben Sie das gehört?

TOLERANZ

ZS. Ein merkwürdiges, aber vielleicht nicht ganz zufälliges Zusammentreffen will es, daß diesen Sommer das Thema Toleranz von ganz verschiedenen Seiten im Aether aufgegriffen wurde. Je unverträglicher und unchristlicher diejenigen, welche die Macht dazu haben, mit Andersdenkenden verfahren, um so größer ist anscheinend das Bedürfnis, von Toleranz zu reden, und sei es nur zur Maskierung der eigenen, totalitären Herrschaftsansprüche.

Am ehrlichsten äußerte sich zweifellos Moskau, wo den Jungkommunisten («Komsomolzen») u. a. gesagt wurde: «Die Angehörigen des Komsomol dürfen keine Religion ausüben und an keinerlei Kulthandlung teilnehmen. Es ist ihnen überdies untersagt, gegenüber andern in diesem Punkte tolerant zu sein.» Und in politischer Hinsicht erklärte der russische Statthalter Grotewohl im Ostberliner Radio, daß von dem marxistischen Materialismus abweichende Auffassungen auch nach dem Aufstand keineswegs geduldet würden, selbst wenn sie unter dem Deckmantel des sogenannten Christentums verkündet würden. Hier weiß auch der größte Optimist, woran er ist und was er zu tun und zu unterlassen hat. Wir glauben allerdings nicht, daß die grundsätzliche Intoleranz ihren Urhebern Segen bringen wird. Schon allein das Verbot des Meinungs austausches, das darin liegt, wird sich im Laufe der Jahrzehnte verhängnisvoll auswirken, ganz abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen.

Bald darauf war es das dritte Programm des englischen Rundspruchs, welches das Thema in einer Vortragsreihe aufgriff. Besonders gespannt waren wir auf das erste Referat, dasjenige des römisch-katholischen Paters White, O. P. Er begann überraschend: «Einen römischen Theologen über Toleranz reden zu hören, ist wie den Teufel zu bitten, er solle die Freuden des Himmels beschreiben», verstand es dann aber, die schwierigen Punkte geschickt zu umgehen, und in verbindlich-liebenswürdiger Weise, aber sehr verklausuliert, für ein gewisses Maß von Toleranz einzutreten, dessen Grenzen selbstverständlich von der Autorität der römischen Kirche als alleiniger Inhaberin des göttlichen Lehramtes bestimmt würden. Er sprach im wesentlichen von der von niemandem angefochtenen Gedankenfreiheit, aber nicht z. B. von den schweren Verfolgungen, welchen die Protestanten in den katholisch regierten Ländern ausgesetzt sind, ebenso z. B. nicht von der Kulturfreiheit oder der Verkündungsfreiheit, was zu begreifen ist, da er als Vertreter der kleinen römischen Minderheit in einem großen, protestantischen Lande sprach.

Gegenüber diesen vorsichtigen und im Grunde recht gewichtlosen Umschreibungen ertönte dann aus Rom selbst eine Stimme, die klar und unmißverständlich den römischen Standpunkt einmal mehr verkündete. Ein maßgebendes Mitglied der Kurie und Kirchenrechtler ersten Ranges, Kardinal Ottaviani, sagte u. a.: «Die (römische) Kirche anerkennt die Notwendigkeit, welche die Herrschenden in gewissen katholischen Ländern aus schwerwiegenden Gründen zwingt, den Kultus von Andersgläubigen zu dulden. Aber Toleranz ist nicht dasselbe wie Freiheit zur Werbung, welche religiöse Meinungsverschiedenheiten hervorruft und den sicheren und gemeinsamen Besitz der Wahrheit und der religiösen Übung in Ländern wie Italien, Spanien und andern Ländern verändert ... Wenn es irgendeine Sicherheit und un diskutierbare Gewißheit im öffentlichen Kirchenrecht gibt, so ist es diejenige, daß die Herrscher in überwiegend katholischen Staaten die Pflicht haben, die Gesetzgebung im katholischen Sinne zu lenken und die religiöse Einheit eines Volkes, welches sich in sicherem Besitz der alleinigen religiösen Wahrheit weiß, zu beschützen.»

Damit sind die schweren Unterdrückungen protestantischer Minderheiten gerechtfertigt. Sie haben keinen Anspruch auf öffentliche Ausübung eines Kultes (z. B. Vornahme von Bestattungen) oder auf Verkündung. Auch der heutige Vatikan beharrt auf dem alten Standpunkt, daß der Katholizismus als alleiniger Besitzer der vollständigen Wahrheit das Recht habe, alle andern Gruppen an der Verkündung ihrer «Irrtümer» zu verhindern. Eine katholische Regierung ist somit verpflichtet, in diesem Sinne auch Gewalt anzuwenden. Selbstverständlich wird in protestantischen Staaten — unter Anrufung der Rechtsgleichheit — für die eigene Kirche die Kultus- und Propagandafreiheit, die man den Protestanten grundsätzlich verweigert, wo man die Macht dazu hat, nachdrücklich in Anspruch genommen.

Anscheinend hat sich aus katholischen Kreisen angelsächsischer Länder Widerstand gegen diese Lehre bemerkbar gemacht, aber von Rom ist durchaus zutreffend darauf hingewiesen worden, daß es sich um den uralten und stets festgehaltenen Standpunkt der römischen Kirche in der Frage der Toleranz handle. Ottaviani gehört als Kurienkardinal und «Papabile», d. h. als zukünftiger Kandidat bei Papstwahlen, zum engsten Kreis der hierarchischen Spitze der römischen Kirche.

Der Widerstand in den eigenen Reihen, wenn er auch nur schwach ist, zeugt immerhin von einiger Weitsicht. Denn in dieser Situation muß sich der Protestantismus in allen Ländern vorsehen, wird katholischen Regierungen mit großem Mißtrauen entgegenzutreten und dafür sorgen, daß er in keinem seiner Länder in die Minderheit gerät, um nicht verfolgt zu werden. In der Gewißheit, Gottes Wort hinter sich zu haben, wird er sich steigend zur Wehr setzen müssen, um sich seiner Haut und derjenigen seiner verfolgten Glaubensgenossen zu wehren. Wenn er dabei Schläge austeilt, so können sich die Betroffenen dar-

über nicht wundern, auch nicht darüber, daß sich die konfessionelle Wunde auf diese Weise nie schließen kann, sondern die Atmosphäre eher weitervergiftet wird. — Auch der Rechtsstaat kann solche Grundsätze einer ungleichen Behandlung der Konfessionen niemals übernehmen, wenn er diesen Namen verdienen will. Er würde seine eigenen Grundlagen zerstören. Gerade die Entwicklung Italiens zeigt, wie gefährlich jedes staatliche Abschwanken von den Grundsätzen strenger Unparteilichkeit mit der Zeit werden kann.

Es sind trübe Aussichten, welche sich für das Zusammenleben der Konfessionen aus diesem grimmigen Festhalten am alten Prinzip der Intoleranz durch die Spitze der römischen Kirche ergeben, denn diese wird selbst nicht erwarten, daß die großen, protestantischen Kirchen jemals aufhören werden, sich für ihre verfolgten Glaubensgenossen einzusetzen. Am schmerzlichsten ist wohl, daß man keinerlei Gefühl dafür besitzt, wie sehr dadurch Unrecht gesät wird, das wiederum nur Erbitterung und tiefe Abneigung erzeugen kann. Man vermag da nur an das ewige Wort zu denken, daß man falsche Lehren an ihren Früchten erkennen wird.

Gegenüber diesen niederdrückenden Tönen im Aether hoffen wir auf eine evangelische, edlere und weitsichtigere Stellungnahme anlässlich des «Kongresses für die Toleranz», der während des Druckes dieser Zeilen in Genf stattfindet. Möge er seine Beratungen auf den einzigen Grund stellen, der gelegt ist, und den rechten Weg im Geiste der klaren Worte des Evangeliums aufzeigen, von denen sich Moskau und Rom, jedes in seiner Art, weit entfernt haben. Die Welt wäre verloren, wenn er nicht begangen würde.

Was sie sagen

Fehde um das Fernsehen

ZS. Fernseh-Reklame oder nicht? Das ist die gegenwärtig in London leidenschaftlich erörterte Streitfrage. Die Regierung Churchill wäre nicht abgeneigt, den Versuch zu unternehmen, um dem Fernsehen die dringend benötigten Mittel zuzuführen. Aber fast die gesamte Presse hat sich dagegen erhoben. Sie befürchtet eine starke Einbuße im Inseratengeschäft.

Gesagt wird das natürlich nicht (so wenig wie bei uns). Es werden nur ideale und hochgeistige Gründe dagegen ins Treffen geführt. Daß der größte Teil von diesen schon deshalb nicht stichhaltig ist, weil die Presse bekanntlich ebenfalls im größten Umfange Reklame verwendet, braucht nicht betont zu werden. Doch es gibt unter den englischen Presseleuten Köpfe, die sich eine bemerkenswerte Unabhängigkeit bewahrt haben. Dazu gehört der angesehenere Herausgeber des ehrwürdigen, noch immer eine Macht darstellenden Witzblattes «Punch», Muggeridge. Er hat es gewagt, nicht nur für Fernsehreklame einzutreten, sondern sogar die Aufhebung des staatlichen Sendemonopols zu verlangen. Nachdem auch bei uns von offiziöser Seite gegen jede Reklame im Fernsehen Sturm gelaufen wird (während z. B. in den Kinos niemand etwas dabei findet), und es sich um einen der besten Kenner der Materie handelt, verdienen seine Argumente Beachtung.

Er behauptet, das staatliche Rundspruchmonopol, die Ausschaltung des freien Wettbewerbes, habe keineswegs zufriedenstellend gearbeitet. In den schwierigen Jahren vor Kriegsausbruch durfte z. B. der weltgeschichtliche Mann, der 1940, als es fast zu spät war, England Mut und Beharrlichkeit einflößte, Churchill, niemals am Radio sprechen! Die Leitung der britischen Rundspruchgesellschaft befürchtete, seine Ausführungen könnten die damalige Befriedigungspolitik beeinträchtigen. Freiheit, so meint Muggeridge, liege weniger in objektiver Haltung, welche menschliches Vermögen übersteige, als in der größtmöglichen Vielfalt. Diese werde aber beim halbstaatlichen Betrieb des Rundspruchs bzw. Fernsehens verunmöglicht. Wer regelmäßig mit diesem arbeiten wolle, müsse seine Geige gemäß dem Stab des Herrn Direktors spielen. Ob die Musik gut oder schlecht sei, es gebe nur ein einziges Orchester mit einem einzigen Dirigenten, die alle den gleichen Noten folgten, ein ungesunder und gefährlicher Zustand. Für bestimmte Aufgaben gäbe es immer die gleichen Leute, was die Hörer durchaus nicht wünschten. So sei der halbstaatliche Betrieb keineswegs ein getreuer Spiegel der im Lande vertretenen Auffassungen, sondern nur ein konformistischer Lautsprecher für Gemeinplätze. Ein Experimentieren sei überhaupt ausgeschlossen.

Demgegenüber sei z. B. in Amerika eine ungeheure Vielheit von Fernsehsendungen verfügbar von ganz hervorragender Qualität bis zur scheußlichen Mißgeburt. Erstaunlicherweise sei sozusagen nie eine Parteinahme zu verzeichnen, auch wenn die Sendung von der Industrie gestiftet worden sei. Niemand werde behaupten wollen, daß jemals ein Shakespeare auf den Brettern hätte erscheinen können, wenn das Theater zu seiner Zeit unter Kontrolle des Staates gestanden wäre. Im übrigen werde das Ausland in seinen Fernsehsendungen ohnehin Reklame bringen, und es sei ausgeschlossen, daß man ausländischen Produkten die Reklame im eigenen Land ermögliche, den eigenen aber nicht.

Es sind Aeußerungen, die auch bei uns den von offizieller Seite vertretenen widersprechen, die aber für den unabhängigen Fernsehinteressenten des Nachdenkens wert sind.